



## **Niederschrift** **(öffentlicher Teil)**

über die Sitzung des Ausschusses für Gesellschaft, Ordnungswesen und Sport vom  
18.11.2021

Anwesend:

siehe Anwesenheitsliste

Vorsitz:

Dirk Havermeier

Sitzungsort: Aula des St. Antonius Gymnasiums, Klosterstr. 22 in 59348 Lüdinghausen

Beginn: 17:00 Uhr

Ende: 19:40 Uhr

Vor Eintritt in die Tagesordnung stellt der Vorsitzende fest, dass form- und fristgerecht eingeladen wurde und der Ausschuss für Gesellschaft, Ordnungswesen und Sport beschlussfähig ist. Er weist auf die Befangenheitsproblematik hin.

Da der sachkundige Bürger Merlin Mönlich erstmalig an einer Sitzung des Ausschusses für Gesellschaft, Ordnungswesen und Sport teilnimmt, wird er vom Ausschussvorsitzenden Havermeier zur gesetzmäßigen und gewissenhaften Wahrnehmung seiner Aufgaben unter Verwendung der Erklärung „Ich verpflichte mich, dass ich meine Aufgaben nach bestem Wissen und Können wahrnehmen, das Grundgesetz, die Verfassung des Landes und die Gesetze beachten und meine Pflichten zum Wohle der Gemeinde erfüllen werde“ verpflichtet.

## Tagesordnung:

Öffentlicher Teil:

1. Satzung über die Wahrung der Belange von Menschen mit Behinderung in der Stadt Lüdinghausen  
Vorlage: FB 5/140/2021
2. Sozialintegrative Begegnungsstätte - Come-in-Corner  
Vorlage: FB 4/863/2021
3. Förderung der kommunalen Jugendbeteiligung in Lüdinghausen und Seppenrade
  - a) Bildung eines Jugendparlaments
  - b) Einrichtung eines digitalen BeteiligungsformatsVorlage: FB 4/869/2021
4. Einführung einer LH-Jugend-App  
hier: Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 24.10.2021  
Vorlage: FB 4/870/2021
5. Bericht der Gleichstellungsbeauftragten der Stadt Lüdinghausen  
Vorlage: GI/017/2021
6. Namensgebung für die Sporthalle für den Schul-, Vereins- und Leistungssport  
Vorlage: D II/139/2021
7. Einbindung sozialer Einrichtungen in die Reinhaltung öffentlichen Raumes; Antrag der Fraktionen FDP und Bündnis 90/Die Grünen vom 30.10.2021  
Vorlage: FB 5/141/2021
8. Benutzungs- und Gebührensatzung der Stadt Lüdinghausen für Unterkünfte für Flüchtlinge und Obdachlose  
Vorlage: FB 4/875/2021
9. Änderung der Satzung über die Erhebung von Kostenersatz und Entgelten in der Stadt Lüdinghausen bei Einsätzen der Feuerwehr (Feuerwehrsatzung)  
Vorlage: FB 4/871/2021
10. Änderung der Satzung von Gebühren für die Durchführung der Brandverhütungsschau in der Stadt Lüdinghausen  
Vorlage: FB 4/872/2021
11. Geburten in Lüdinghausen ermöglichen  
- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 26.10.21  
Vorlage: D II/149/2021
12. Anfragen
13. Mitteilungen

Nichtöffentlicher Teil:

14. Anfragen
15. Mitteilungen

**Öffentlicher Teil:****TOP 1) Satzung über die Wahrung der Belange von Menschen mit Behinderung in der Stadt Lüdinghausen****Vorlage: FB 5/140/2021**

Herr Kortendieck führt in den Tagesordnungspunkt ein und verweist in diesem Zusammenhang auf den Beschluss des Stadtrates vom 07.10.2021, wonach in der Stadt Lüdinghausen eine Integrationsbeauftragte/ ein Integrationsbeauftragter für die Wahrung der Belange von Menschen mit Behinderung implementiert werden soll.

Da zu dem der Einladung beigefügten Satzungsentwurf mit Mail vom 17.11.2021 noch Änderungs- bzw. Ergänzungsvorschläge durch die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mitgeteilt wurden, bittet der Ausschussvorsitzende Havermeier darum, dass über den Inhalt der Satzung einzeln pro Paragraph abgestimmt wird.

Zu § 1: Auf Vorschlag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen soll das Wort „behindertenfreundlichen“ durch das Wort „inklusiven“ ersetzt werden.

**Abstimmung:**

Ja-Stimmen:	7
Nein-Stimmen:	9

**Beschluss:** § 1 des Satzungsentwurfs bleibt unverändert.

Zu § 2: Herr Stv. Sonne erläutert den Änderungswunsch seiner Fraktion und bittet darum, dass der Ausdruck „besondere Bedürfnisse“ gestrichen und durch „Interessen“ ersetzt wird.

**Abstimmung:**

Ja-Stimmen:	7
Nein-Stimmen:	9

**Beschluss:** § 2 des Satzungsentwurfs bleibt unverändert.

Zu § 3 Nr. 1: Herr Sonne bittet darum, dass die Inklusionsbeauftragte bzw. der Inklusionsbeauftragte Ansprechpartner „für Menschen mit Behinderungen“ sein soll und nicht Ansprechpartner für „die Belange von Menschen mit Behinderung“.

**Abstimmung:**

-einstimmig-

**Beschluss:** § 3 Nr. 1 der Satzung wird wie folgt geändert:

„Die Inklusionsbeauftragte bzw. der Inklusionsbeauftragte ist Ansprechpartner für Menschen mit Behinderungen in der Stadt Lüdinghausen.“

Zu § 3 Nr. 4: Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bittet um explizite Erwähnung der UN-Behindertenrechtskonvention.

Abstimmung:

Ja-Stimmen:	7
Nein-Stimmen:	9

Beschluss: § 3 Nr. 4 des Satzungsentwurfs bleibt unverändert.

Zu § 3 Nr.5: Frau Stv. Holtrup beantragt für die SPD-Fraktion, dass der erste Punkt „In der Öffentlichkeit Bewusstsein für Menschen mit Behinderung zu schaffen“ abgeändert wird in „In der Öffentlichkeit Bewusstsein für die Belange von Menschen mit Behinderung zu schaffen“.

Abstimmung:

-einstimmig-

Beschluss: § 3 Nr. 5 wird wie folgt gefasst:

Sie / Er wirbt um Solidarität und Verständnis für die Situation und besonderen Bedürfnisse von Menschen mit Behinderung in allen Teilen der Gesellschaft.

Die Initiativen zielen darauf,

- In der Öffentlichkeit Bewusstsein für die Belange von Menschen mit Behinderung zu schaffen,
- Barrieren abzubauen und
- Insgesamt dazu beizutragen, dass die Teilhabe von Menschen mit Behinderung an der gesellschaftlichen Entwicklung gestärkt wird.

Zu § 4:

Herr Stv. Sonne beantragt, in § 4 Nr. 3 das Wort „rechtzeitig“ in „sobald die Fraktionen informiert werden“ zu ändern. Herr Kortendieck erläutert, dass Nr. 6 des § 3 des Satzungsentwurfs dies bereits abdecke. Daraufhin wird der Antrag durch Herrn Stv. Sonne zurückgenommen.

Anschließend beantragt Frau Stv. Holtrup, dass die in § 4 Nr. 6 genannten Ausschüsse gestrichen werden und die/der Inklusionsbeauftragte Einladungen zu den Sitzungen aller Ausschüsse der Stadt Lüdinghausen erhält. Die/der Inklusionsbeauftragte kann selbständig entscheiden, an welche Sitzungen sie/er teilnimmt.

Abstimmung:

-einstimmig-

Beschluss: § 4 Nr. 6 wird wie folgt gefasst:

Die / Der Inklusionsbeauftragte wird als ständiger Gast (auf Antrag besteht ein Rederecht, ein Stimmrecht besteht nicht) zu allen Ausschusssitzungen der Stadt Lüdinghausen eingeladen. Die jeweiligen Einladungen und Sitzungsunterlagen werden an sie/ihn übersandt. Die / Der Inklusionsbeauftragte entscheidet eigenständig, an welchen Ausschusssitzungen sie / er teilnimmt.

Zu § 5 Nr. 2:

Herr Stv. Sonne beantragt für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, dass die unter Buchstabe e) genannten „Interessierte und betroffene Bürger“ bereits unter a) genannt werden sollen. Darüber hinaus beantragt er die Streichung von b) und c), da beide Gruppen bereits unter d) genannt werden. Auf Wunsch von Frau Stv. Bartsch lässt der Ausschussvorsitzende Havermeier über diese Anträge getrennt abstimmen.

1. Abstimmung: Die unter e) genannten Personen sollen unter a) genannt werden.

Ja-Stimmen: 7

Nein-Stimmen: 9

2. Abstimmung: b) („je eine Vertreterin bzw. ein Vertreter der im Gebiet der Stadt Lüdinghausen vorhandenen Einrichtungen für Menschen mit Behinderung“) und c) „je eine Vertreterin bzw. ein Vertreter der im Gebiet der Stadt Lüdinghausen vorhandenen Alten-/Seniorenwohnheime“) des § 5 Nr. 2 sind zu streichen.

-einstimmig-

Beschluss: § 5 Nr. 2 wird wie folgt neu gefasst:

Der „Arbeitskreis Inklusion“ setzt sich wie folgt zusammen:

a. je eine Vertreterin bzw. ein Vertreter der im Rat der Stadt Lüdinghausen vertretenen Fraktionen

b. je eine Vertreterin bzw. ein Vertreter folgender Verbände:

- der Verwaltungsspitze
- Fachbereichsleitung Arbeit und Soziales
- des Seniorenbeirates
- des DRK
- der Seniorenheime
- der Caritas
- des Sozialwerks St. Georg
- der AWO
- des SKF
- der BSG
- der Diakonie
- Vertreter sonstiger Institutionen

Der „Arbeitskreis Inklusion“ kann auf Antrag zusätzliche Verbände aufnehmen.

c. Interessierte und betroffene Bürger

Nach dieser Beschlussfassung erkundigt sich Herr Stv. Focke, ob die / der Inklusionsbeauftragte bei Teilnahme an allen Sitzung nur am öffentlichen oder aber auch am nichtöffentlichen Teil teilnehmen darf. Herr Kortendieck erläutert, dass bereits unter § 4 Nr. 6 die / der Inklusionsbeauftragte Gast in den Ausschüssen ist und somit nur an öffentlichen Teilen von Ausschusssitzungen teilnehmen kann.

Zu § 6: Keine Wortmeldungen.

Zu § 7:

Frau Stv. Holtrup beantragt im Namen der SPD-Fraktion, das Wort „Schiedsperson“ durch „Ratsvertreter“ zu ersetzen, um hierdurch die Arbeit der / des Inklusionsbeauftragten wertzuschätzen.

Herr Stv. Sonne beantragt, den § 7 um einen zweiten Absatz zu erweitern und diesen wie folgt zu fassen: „Für den Fall, dass ein/e Betroffene/r das Amt der / des Inklusionsbeauftragten übernimmt, trägt die Verwaltung dafür Sorge, dass sie / er das Amt ausüben kann.“ Herr Kortendieck berichtet, dass dies eine Selbstverständlichkeit sei, Hilfsmittel o.ä. im Bedarfsfall bereitgestellt würden und dies auch in § 8 Nr. 4 explizit genannt sei. Herr Stv. Sonne hält dennoch an dem Antrag fest.

Parteiübergreifend findet anschließend ein reger Austausch zu § 7 statt. Frau Stv. Bartsch erkundigt sich nach der Höhe der Aufwandsentschädigung von Schiedspersonen und Ratsmitgliedern. Nach Mitteilung von Herrn Kortendieck erhalten Schiedspersonen jährlich 180,00 EUR, Ratsmitglieder monatlich ca. 250,00 EUR.

Frau Stv. Holtrup betont den großen zeitlichen Aufwand von Frau Krabbe (Inklusionsbeauftragte der Stadt Ennigerloh) und hält eine gerechte Entschädigung für erforderlich. Herr Stv. Kleinert bittet um Sitzungsunterbrechung von fünf Minuten. Diese wird gewährt.

1. Abstimmung über den Antrag der SPD-Fraktion

-einstimmig-

Beschluss: Die / der Inklusionsbeauftragte erhält eine pauschale Aufwandsentschädigung in analoger Anwendung der Entschädigung für Ratsmitglieder.

2. Abstimmung über den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Ja-Stimmen: 7

Nein-Stimmen: 9

Beschluss: Der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wird abgelehnt.

Zu § 8: Keine Wortmeldungen.

Zu § 9: Keine Wortmeldungen.

Abschließend lässt Ausschussvorsitzender Havermeier über den Beschlussvorschlag der Verwaltung zu TOP 1 unter Beachtung der vorgenannten beschlossenen Änderungen abstimmen.

Beschluss: Der Ausschuss für Gesellschaft, Ordnungswesen und Sport empfiehlt dem Rat der Stadt Lüdinghausen den Erlass der Satzung über die Wahrung der Belange von Menschen mit Behinderung in der Stadt Lüdinghausen unter Beachtung der vorgenannten beschlossenen Änderungen.

Ja-Stimmen:	12
Nein-Stimmen:	3
Enthaltungen:	1

**TOP 2) Sozialintegrative Begegnungsstätte - Come-in-Corner**  
**Vorlage: FB 4/863/2021**

Herr Kortendieck führt in den Tagesordnungspunkt ein. Er verweist auf die zur Einrichtung des Come-in-Corners als sozialintegrative Begegnungsstätte in den Räumen der Sekundarschule erhaltene Landesförderung. Seit einem Jahr und vier Monaten sei das Come-in-Corner nun im Betrieb und bis mindestens zum 15.04.2022 sei die bestehende Kooperation befristet. Insoweit sei ein erster Sachstandsbericht angezeigt. Herr Kortendieck begrüßt Frau Holewa und Frau Handrup vom Come-in-Corner und übergibt Ihnen das Wort.

Zunächst mittels eines kurzen Imagefilms und anschließend mit Unterstützung einer Powerpoint-Präsentation, die der Sitzungsniederschrift als Anlage beigelegt ist, stellen Frau Holewa und Frau Handrup die bisherige Arbeit des Come-in-Corners vor. Insbesondere stellen sie heraus, dass im Come-in-Corner, welches als Begegnungsstätte ausgelegt ist, bedingt durch die Corona-Pandemie die Arbeit eingeschränkter als eigentlich vorgesehen stattfinden musste.

Fraktionsübergreifend wird die Arbeit des Come-in-Corners positiv bewertet. SkB. Bölke erkundigt sich nach den besonderen Problemen bzw. Herausforderungen bei der täglichen Arbeit im Come-in-Corner. Frau Handrup erklärt, dass teilweise noch nicht wahrgenommen wird, dass es sich beim Come-in-Corner, auch wenn es in einer Schule untergebracht ist, nicht um einen reinen Schülertreff handelt, sondern das Come-in-Corner viel breiter aufgestellt ist und als Anlaufstelle für alle Personen, die den sozialen Kontakt suchen, diene. Stv. Bartsch sieht es positiv, dass das Come-in-Corner die von ihrer Fraktion angeregte Idee der Taschengeldbörse aufgenommen hat und skB. Mönnich äußert sich positiv über den gelungenen Instagram-Auftritt.

Ausschussvorsitzender Havermeier resümiert, dass die Politik mit der Arbeit des Come-in-Corners zufrieden sei und dass im Rahmen der Haushaltsberatungen 2022 eine Entscheidung über den Fortbestand getroffen werden könne.

Beschluss:  
Keine Beschlussfassung erfolgt.

**TOP 3) Förderung der kommunalen Jugendbeteiligung in Lüdinghausen und Seppenrade**

**a) Bildung eines Jugendparlaments**

**b) Einrichtung eines digitalen Beteiligungsformats**

**Vorlage: FB 4/869/2021**

Herr Kortendieck führt in den Tagesordnungspunkt ein. Er erklärt, dass die Verwaltung die Rückmeldungen der Kinder und Jugendlichen in der vor den Sommerferien durchgeführten Jugendumfrage so wahrgenommen habe, dass keine dauerhafte Mitarbeit in feststrukturierten Gremien gewünscht werde, sondern Jugendliche sich vielmehr projektbezogen an einzelnen Aktionen beteiligen möchten. Zur Erreichung dieser Zielgruppe sei ein digitales Beteiligungsformat geeignet. Innerhalb dieses Formats können die Jugendlichen selber entscheiden, welche Sachverhalte sie begleiten möchten.

Stv. Sonne erklärt, dass er dem ersten Teil des Beschlussvorschlags der Verwaltung in der Sitzungsvorlage zustimmen könne, allerdings nur unter der Voraussetzung, dass für die Jugendlichen eine eigene App zur Beteiligung installiert werde. Bei einer gemeinsamen App für alle Bürger sei zu erwarten, dass die Jugendlichen zu wenig beteiligt werden.

Stv. Holtrup beantragt, über die beiden Punkte im Beschlussvorschlag der Verwaltung getrennt abzustimmen. Das Ergebnis der Jugendumfrage sei nicht repräsentativ, um andere Beteiligungsformate wie ein Jugendparlament auszuschließen. Sie wünsche sich eine Vorstellung der unterschiedlichen Beteiligungsformate wie Jugendparlament, Jugendbeirat oder Jugendforum in diesem Ausschuss. Insofern solle die Bildung eines Jugendparlaments mit externer Unterstützung weiterhin verfolgt werden.

Nach Ansicht von Stv. Bartsch sei man mit einem digitalen Beteiligungsformat auf dem richtigen Weg. Sie mahnt an, dass nicht der zweite Schritt vor dem ersten getan werden sollte. Wenn mit einem digitalen Beteiligungsformat begonnen würde, könnten anschließend die Jugendlichen zu weiteren Beteiligungsformaten befragt werden. Sie könnten dann selber entscheiden, welche Beteiligung sie sich wünschen.

**Beschluss:**

Der Ausschuss empfiehlt dem Rat, zur Förderung der kommunalen Jugendbeteiligung die Verwaltung mit der Einrichtung eines digitalen Beteiligungsformats, zunächst befristet bis zum 31.07.2023, zu beauftragen. Die Verwaltung wird laufend im Fachausschuss über den Stand der Umsetzung berichten.

Einstimmig	X
Ja-Stimmen:	
Nein-Stimmen:	
Enthaltungen:	

Anschließend lässt Ausschussvorsitzender Havermeier über die beiden im Beschlussvorschlag der Verwaltung aufgeführten Punkte separat abstimmen.

**Beschluss:**

Der Ausschuss empfiehlt dem Rat, die Bildung eines Jugendparlaments zurzeit nicht weiter zu verfolgen.

Einstimmig

Ja-Stimmen:	9
Nein-Stimmen:	7
Enthaltungen:	

**TOP 4) Einführung einer LH-Jugend-App**  
**hier: Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 24.10.2021**  
**Vorlage: FB 4/870/2021**

Ausschussvorsitzender Havermeier verweist zu diesem Tagesordnungspunkt auf den Fraktionsantrag von Bündnis 90/Die Grünen und bittet ein Fraktionsmitglied, den Antrag vorzustellen. Stv. Sonne verweist auf seine Ausführungen beim vorherigen Tagesordnungspunkt zur Jugend-App. Er betont nochmals, dass er eine alleinige App für die Jugendlichen als richtiges Mittel sieht. So hätten die Jugendlichen einen besseren Zugang zur Beteiligung am politischen Leben.

Stv. Bartsch rät erneut dazu, zunächst abzuwarten, was die Jugendlichen wirklich wollen. Das Come-in-Corner habe in seiner Präsentation eine Diskussionsrunde mit den Jugendlichen über die Umfrage in Aussicht gestellt. Im Rahmen dieser Diskussion könnten die Jugendlichen sich zur Form der Beteiligung äußern.

SkB. Mönnich befürwortet die Verwendung einer App für eine digitale Beteiligung der Jugendlichen. Er befürchtet jedoch, dass in einer gemeinsamen App für alle Bürger die Anliegen der Jugendlichen verloren gehen und die Jugendlichen vielleicht auch Ängste haben könnten, sich in dieser großen Runde zu beteiligen.

Zunächst lässt Ausschussvorsitzender Havermeier über den Beschlussvorschlag von Bündnis 90/Die Grünen abstimmen.

Beschluss:

Die Verwaltung nimmt Kontakt zu den beiden genannten Städten (Voerde und Weseling) auf und lädt zum kommenden Ausschuss für Gesellschaft, Ordnungswesen und Sport deren Referenten ein, um den Fachausschuss für die Einrichtung einer Jugend-App und deren Erfahrungen zu informieren.

Einstimmig	
Ja-Stimmen:	7
Nein-Stimmen:	9
Enthaltungen:	

Anschließend lässt Ausschussvorsitzender Havermeier über den Beschlussvorschlag der Verwaltung abstimmen.

Beschluss:

Sofern die Verwaltung durch den Rat mit der Einrichtung eines digitalen Beteiligungsformats zur Förderung der kommunalen Jugendbeteiligung beauftragt wird, wird die Verwaltung im Rahmen eines noch zu erstellenden Konzeptes auch die zu verwendende digitale Plattform vorstellen. Grundsätzlich verfolgt die Verwaltung jedoch das Ziel, eine einzige

„Lüdinghausen-App“ vorzuhalten, in der Beteiligungsmöglichkeiten für Jung und Alt zu implementieren sind.

Einstimmig	
Ja-Stimmen:	10
Nein-Stimmen:	4
Enthaltungen:	2

**TOP 5) Bericht der Gleichstellungsbeauftragten der Stadt Lüdinghausen  
Vorlage: GI/017/2021**

Ausschussvorsitzender Havermeier begrüßt die Gleichstellungsbeauftragte der Stadt Lüdinghausen, Frau Barbara Wieschhues, und erteilt ihr das Wort. Mit Unterstützung einer Powerpoint-Präsentation, welche der Sitzungsniederschrift als Anlage beigefügt ist, stellt Frau Wieschhues ihre Tätigkeitsfelder der letzten 2 Jahre vor.

Parteiübergreifend wird Frau Wieschhues für den Vortrag und ihre Arbeit gedankt. Auf Grund der Komplexität der Tätigkeitsfelder bittet Ausschussvorsitzender Havermeier darum, den Tätigkeitsbericht im kommenden Jahr bereits vorab zusammen mit der Ausschuss-Einladung den Ausschussmitgliedern zur Verfügung zu stellen. Dies sichert Frau Wieschhues zu.

Beschluss: Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

**TOP 6) Namensgebung für die Sporthalle für den Schul-, Vereins- und Leistungssport  
Vorlage: D II/139/2021**

Vor Beratungsbeginn des Tagesordnungspunktes 6 erklärt sich Frau Stv. Bartsch für befangen und nimmt im Zuschauerbereich Platz.

Herr Kortendieck führt in den Tagesordnungspunkt ein, Herr Stv. Davids betont die harmonische Zusammenarbeit der Arbeitsgruppe. Frau Stv. Brandmeier betont, das Vorgehen der Namensfindung an sich gut zu finden, hält den gewählten Begriff der „Arena“ allerdings für falsch. Drei-Burgen-Halle wäre ihrer Ansicht nach passender gewesen. Die Äußerung solle aber nicht als Antrag gewertet werden.

Herr Ausschussvorsitzender Havermeier lässt nach den Wortbeiträgen über den Beschlussvorschlag der Verwaltung abstimmen.

Beschluss: Der Ausschuss empfiehlt dem Rat die Namensgebung für die Sporthalle für den Schul-, Vereins- und Leistungssport wie folgt vorzunehmen:

- Drei-Burgen-Arena.

Es wird zur Kenntnis genommen, dass die Vorschläge

- Lüdinghausen-Arena
- Janacker-Halle

gleichberechtigt auf Platz 2 stehen.

Ja-Stimmen:	11
Nein-Stimmen:	0
Enthaltungen:	4

**TOP 7) Einbindung sozialer Einrichtungen in die Reinhaltung öffentlichen Raumes;  
Antrag der Fraktionen FDP und Bündnis 90/Die Grünen vom 30.10.2021  
Vorlage: FB 5/141/2021**

Der Beschlussvorschlag der Verwaltung wurde den Ausschussmitgliedern vor Sitzungsbeginn als Tischvorlage zur Verfügung gestellt. Frau Stv. Holtrup beantragt im Namen der SPD-Fraktion, dass dieser Tagesordnungspunkt zunächst mit in die Fraktionen genommen wird und eine Beratung hierüber im nächsten GOS erfolgt. SkB Bechatzek begrüßt dies.

Anschließend lässt Ausschussvorsitzender Havermeier über den Antrag abstimmen.

Ja-Stimmen:	7
Nein-Stimmen:	9

Beschluss: Der TOP wird in der Sitzung am 18.11.2021 behandelt.

Nachfolgend bittet Stv. Sonne um eine Sitzungsunterbrechung für 5-10 Minuten. Der Bitte wird entsprochen.

Nach erfolgter Sitzungsunterbrechung leitet Herr Kortendieck in die Tischvorlage ein und übergibt anschließend das Wort an Herrn Löbbert, kommissarischer Leiter des Baubetriebshofes der Stadt Lüdinghausen.

Herr Löbbert erläutert die aktuellen Intervalle der Müllleerung im Stadtgebiet. So finden insbesondere im Bereich der Innenstadt in den Sommermonaten montags bis samstags tägliche Leerungen durch städtischen Mitarbeiter statt. Sonntags erfolgt die Leerung durch ein externes Unternehmen. Er berichtet weiter, dass einzelne Mitarbeiter über Außenarbeitsplätze der Caritas beschäftigt seien, darüber hinaus wurde im Sommer ein weiterer Mitarbeiter über eine Fördermaßnahme für Langzeitarbeitslose eingestellt. Auch erfolgte der Heckenschnitt an Spielplätzen jährlich durch die Jugendwerkstatt Haltern.

Auf Nachfrage von skB Bechatzek berichtet Herr Löbbert, dass die aktuelle Situation sehr zufriedenstellend sei und betont, dass die in Lüdinghausen erfolgende tägliche Leerung der

Müllbehälter ein guter Qualitätsstandard sei. So würde in anderen Gemeinden oftmals nur 2x wöchentlich eine Leerung erfolgen. Im Anschluss an die Ausführungen nimmt skB Bechatzek den gemeinsamen Antrag der Fraktionen FDP und Bündnis 90/Die Grünen für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zurück.

Auf Nachfrage des Ausschussvorsitzenden Havermeier erläutert Herr Pieper, dass Mitteilungen über wilde Müllkippen beim Ordnungsamt der Stadt Lüdinghausen gemeldet würden. Eine Entfernung erfolge dann durch Mitarbeiter des Baubetriebshofes und es werde versucht, den Verursacher der Müllkippe zu ermitteln. Wird dieser ermittelt, dann sei der Kreis Coesfeld für die weitere Verfolgung zuständig.

Da der gemeinsame Antrag der Fraktionen FDP und Bündnis 90/Die Grünen durch skB Bechatzek zurückgenommen wurde, von der FDP-Fraktion jedoch kein Vertreter anwesend ist, wird der Beschlussvorschlag wie folgt umformuliert:

Dem Antrag der FDP-Fraktion wird nicht gefolgt.

Abstimmung:

Ja-Stimmen:	12
Nein-Stimmen:	0
Enthaltungen:	3

Beschluss: Dem Antrag der FDP vom 30.10.2021 wird nicht gefolgt.

**TOP 8) Benutzungs- und Gebührensatzung der Stadt Lüdinghausen für Unterkünfte für Flüchtlinge und Obdachlose**

**Vorlage: FB 4/875/2021**

Herr Kortendieck führt in den Tagesordnungspunkt ein und berichtet, dass die Stadt Lüdinghausen derzeit fünfzehn Gemeinschaftsunterkünfte unterhalte. Es ist eine jährliche Anpassung der Benutzungs- und Gebührensatzung erforderlich, da sich die Datengrundlagen (Nutzeranzahl/ Verbrauchskosten) jährlich ändern würden. In den letzten Monaten konnte eine Entzerrung in der Belegung erreicht werden, freie Plätze sind aktuell vorhanden.

Beschluss: Der Ausschuss für Gesellschaft, Ordnungswesen und Sport empfiehlt dem Rat der Stadt Lüdinghausen, die als Anlage beigefügte Benutzungs- und Gebührensatzung für Unterkünfte für Flüchtlinge und Obdachlose der Stadt Lüdinghausen zu beschließen.

-Einstimmig-

**TOP 9) Änderung der Satzung über die Erhebung von Kostenersatz und Entgelten in der Stadt Lüdinghausen bei Einsätzen der Feuerwehr**

**(Feuerwehrsatzung)**

**Vorlage: FB 4/871/2021**

Herr Pieper erläutert den Tagesordnungspunkt und weist darauf hin, dass eine jährliche Überarbeitung der Gebührenkalkulation erfolgt.

Stv. Brandmeister erkundigt sich anschließend, warum laut den Beschlussvorschlägen zu den Tagesordnungspunkten 9 und 10 der Haupt- und Finanzausschuss dem Rat den Beschluss der genannten Satzungen empfehlen sollte. Herr Pieper räumt hierzu ein, dass es sich hierbei um einen redaktionellen Fehler handele und der Ausschuss für Gesellschaft, Ordnungswesen und Sport anstelle des HFAs in beiden Beschlussvorschlägen genannt werden muss.

Anschließend lässt Ausschussvorsitzender über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschluss: Der Ausschuss für Gesellschaft, Ordnungswesen und Sport empfiehlt dem Rat, die als Anlage 2 beigefügte Satzung über die Erhebung von Kostenersatz und Entgelten in der Stadt Lüdinghausen bei Einsätzen der Feuerwehr (Feuerwehrsatzung) zu beschließen.

-Einstimmig-

**TOP 10) Änderung der Satzung von Gebühren für die Durchführung der Brandverhütungsschau in der Stadt Lüdinghausen**

**Vorlage: FB 4/872/2021**

Auch der Tagesordnungspunkt 10 wird durch Herrn Pieper erläutert und es wird darauf hingewiesen, dass der im Beschlussvorschlag genannte HFA bei Beschlussfassung durch den Ausschuss für Gesellschaft, Ordnungswesen und Sport ersetzt werden müsse.

Fragen bestehen nicht, so dass Ausschussvorsitzender Havermeier über den Beschlussvorschlag der Verwaltung abstimmen lässt.

Beschluss: Der Ausschuss für Gesellschaft, Ordnungswesen und Sport empfiehlt dem Rat, die als Anlage beigefügte Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Durchführung der Brandverhütungsschau in der Stadt Lüdinghausen zu beschließen.

-Einstimmig-

**TOP 11) Geburten in Lüdinghausen ermöglichen**

**- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 26.10.21**

**Vorlage: D II/149/2021**

Stv. Sonne begrüßt den Beschlussvorschlag der Verwaltung. Herr Kortendieck sagt zu, in der nächsten oder übernächsten Sitzung des Ausschusses für Gesellschaft, Ordnungswesen und Sport über das Ergebnis zu berichten. Stv. Holtrup bedankt sich für den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und auch für den Beschlussvorschlag der Verwaltung. Frau Holtrup fragt darüber hinaus nach, ob ein Geburtshaus als vergleichbare Einrichtung gilt und ebenfalls betrachtet wird. Herr Kortendieck bejaht die Frage.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen erklärt sich anschließend damit einverstanden, dass nur über den Beschlussvorschlag der Verwaltung abgestimmt wird. Eine Abstimmung über den Fraktionsantrag wird nicht gewünscht.

Beschluss: Die Verwaltung wird beauftragt, Gespräche mit den Verantwortlichen des St. Marien-Hospitals mit dem Ziel zu führen, den derzeitigen Status Quo zu ermitteln und die Möglichkeiten einer Ansiedlung einer Geburtsstation oder einer vergleichbaren Einrichtung zu betrachten. Hierüber wird in einer der nächsten Ausschusssitzungen berichtet.

-Einstimmig-

**TOP 12) Anfragen**

-

**TOP 13) Mitteilungen**

-

---

Dirk Havermeier  
Vorsitzende/r

---

Katrin Sendermann  
Schriftführer/in

## Anwesenheitsliste

### zur Sitzung des Ausschusses für Gesellschaft, Ordnungswesen und Sport

### der Stadt Lüdinghausen am 18.11.2021

#### anwesend:

##### Bürgermeister

Mertens, Ansgar	
-----------------	--

##### CDU-Fraktion

Bartsch, Ingeborg	
Davids, Christoph	
Focke, Alfred	
Hildebrandt, Sonja	
Hoffmann, Marco	
Kleinert, Matthias	
Krämer, Bernhard	
Weiling, Maria	
Zurwonne, Jan	

##### Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Bechatzek, Dirk	
Bölke, Gustav	
Brandmeier, Anke	
Sonne, Dennis	

##### SPD-Fraktion

Havermeier, Dirk	
Holtrup, Johanna	
Mönnich, Merlin	

##### von der Verwaltung

Hattebuer, Ulrike	
Kortendieck, Matthias	
Pieper, Michael	
Sendermann, Katrin	

**Entschuldigt:****CDU-Fraktion**

Austrup, Anke	Vertretung durch Herrn Kleinert
---------------	---------------------------------

**SPD-Fraktion**

Ehring, Christian	Vertretung durch Herrn Mönnich
-------------------	--------------------------------

**FDP-Fraktion**

Hillenkötter, Jörg	
--------------------	--